

Haben die Grünen ein Männerproblem?

Politische Frauenförderung Frauen rein, Männer raus: Linke Parteien setzen bei Wahlen gezielt auf Kandidatinnen. Verliert die Linke so männliche Schwergewichte, Nachwuchs und Wähler?

Fabian Fellmann
und **Sabrina Bundi**

Frauenwahl am internationalen Tag der Frau: So geschehen am vergangenen Sonntag in der Stadt Zürich. 30 Neugewählte, 20 davon weiblich. 14 Abgewählte, 13 davon männlich. Das sind Geschlechterverhältnisse, wie es sie in der Politik bisher ausschliesslich zugunsten der Männer gab.

Diese Frauenwahl findet in erster Linie wegen der linken Parteien statt. Bei den Grünen etwa wurden in Zürich gleich vier Männer nicht wiedergewählt – unter anderem, weil ihre Partei neu kandidierende Frauen auf den vordersten Listenplätzen führte und altgediente Männer auf die hinteren Stellen setzte. Das Resultat: Der Frauenanteil der Grünen im Zürcher Stadtparlament wuchs auf rekordhohe 71 Prozent.

74 Prozent Frauenanteil in grüner Nationalratsfraktion

Was allerdings auch die Frage aufwirft, ob die Partei Gefahr läuft, den Kontakt zur männlichen Wählerschaft zu verlieren. Ob sie weniger attraktiv wird für Männer, die eine politische Karriere einschlagen wollen. Die SP kennt die Debatte bereits: Daniel Jositsch trat sie mehrfach los, als er Ämter anstrebte, für die seine Partei ausschliesslich Frauen aufstellen wollte. Er wurde weder Regierungsrat noch Bundesrat, sondern Ständerat.

Die Frage stellt sich bei den Grünen auch auf nationaler Ebene. Auf 74 Prozent steigt der Frauenanteil in ihrer Nationalratsfraktion in den nächsten Wochen – so hoch wie noch nie in den 148 Jahren, seit es im Bundeshaus Fraktionen gibt. Mit Balthasar Glättli aus Zürich und Felix Wettstein aus Solothurn werden sich bis April zwei Männer aus dem Bundeshaus verabschieden, auf beide folgen Frauen. Von 23 Nationalratssitzen



«Die Diversität müssen wir unbedingt weiter pflegen»: Die Waadtländer Grünen-Nationalrätin Sophie Michaud Gigon. Foto: Keystone

der Grünen halten Politikerinnen dann 17.

Parteiintern lösen solche Entwicklungen zugleich Freude und Frust aus. In der Stadt Zürich etwa sagt Anna-Béatrice Schmalz erfreut: «Wir konnten unseren Frauenanteil deutlich stärken.» Die Gemeinderätin profitierte von einem Phänomen, das mehrere Beobachterinnen und Beobachter für wesentlich halten bei der Frauenwahl vom vergangenen Sonntag: Die Stimmberechtigten kumulieren und panaschieren die Namen von Frauen, Männer hingegen streichen sie von der Liste. Kumulieren bedeutet, dass eine Kandidatin mehrere Stimmen erhält, Panaschieren heisst, dass eine Kandidatin auf der Liste einer anderen Partei hinzugefügt wird.



Panaschierkönigin: Anna-Béatrice Schmalz. Foto: Boris Müller

Seit dem grossen Frauenstreik von 2019 komme das Frauen besonders zugute, so Schmalz. «Dieses Resultat zeigt mir, dass unsere Wählerinnen und Wähler eine feministische Politik wünschen», sagt sie, die bald den Zürcher Gemeinderat verlassen und anstelle von Balthasar Glättli in den Nationalrat nachrücken wird.



Waadtländer Nationalrat Raphael Mahaim. Foto: Yvain Genevay

Problematisch aber findet eine andere Zürcher Grüne die Entwicklung. Sie gebe nur anonym Auskunft, sagt sie, nicht wegen der Geschlechterfrage, sondern weil sie nicht mehr aktiv politisiert. Es schade der Partei, wenn vor allem arrivierte Männer abgewählt würden, sagt sie, «weil die Männer dann aufgeben und das Gefühl bekommen, gar kei-

ne Chance mehr zu haben». Ziel sei stets eine ausgeglichene Partei – und ein ausgeglichenes Parlament. Deshalb sei wichtig, dass nicht nur die linksgrüne Seite Frauenförderung betreibe. «Auch die Bürgerlichen müssten das tun.»

«Frauen denken sozialer und nachhaltiger»

Im Bundeshaus lacht Sophie Michaud Gigon, angesprochen auf den Frauenanteil ihrer Fraktion. «Wir haben in der Tat kein Frauenproblem bei den Grünen im Bundeshaus», sagt die Waadtländer Grünen-Nationalrätin. Sie ist überzeugt, dass es der Welt besser ginge, wenn mehr Frauen in einer Machtposition wären. «Alle verrückten Staatsoberhäupter dieser Welt sind Männer. Frauen führen weniger Krieg, weil sie sozialer, vernetzter und nachhaltiger denken», sagt sie. Deswegen engagierten sich auch so viele Frauen bei den Grünen, fügt sie hinzu – und weil die Partei Frauen stark gefördert habe in der Vergangenheit.

«Nun brauchen wir keine besondere Förderung mehr für Frauen innerhalb der Partei», sagt allerdings auch sie. «Die Diversität müssen wir aber unbedingt weiter pflegen.» Geschlecht, soziale Herkunft, berufliche Hintergründe, Expertise. Diese Faktoren förderten die Diskussionskultur und fundierte politische Positionen. «Diese Breite ist auch strategisch wichtig, um möglichst diverse Gruppen von Wählerinnen und Wählern anzusprechen», sagt Michaud Gigon.

Für mehr Diversität plädiert auch Raphaël Mahaim, ebenfalls Waadtländer Nationalrat der Grünen. Die Frauenförderung sei richtig, weil sie zum Profil seiner Partei passe. Dringender als eine Diskussion über den Frauenanteil findet er, dass die Grünen die Ausgewogenheit der Generationen im Auge behalten. «Wir sind eine ziemlich junge Fraktion. Das

ist eine Stärke. Aber da die älteren Stimmberechtigten häufiger und beständiger wählen, sollten wir darauf achten, dass auch sie sich gut vertreten fühlen.»

Insgesamt sind Frauen, 50,3 Prozent der Bevölkerung, weiterhin untervertreten. Im Nationalrat haben sie 40 Prozent der Mandate, im Ständerat nur 33 Prozent. Im Zürcher Stadtparlament sind es seit der Frauenwahl vom Sonntag 45,6 Prozent. Für die Politologin Sarah Bütikofer liegt das Problem von unausgeglichenen Parlamenten in erster Linie darin, dass der Frauenanteil zwischen den Parteien sehr unterschiedlich ist: «Je weiter rechts, desto weniger Frauen», sagt sie. «Gäbe es auf allen Wahllisten und in allen Parteien einen in etwa gleich hohen Anteil Männer und Frauen, wäre dies in vielerlei Hinsicht ein Fortschritt.»

In Städten liegt der Frauenanteil am höchsten

Zusammenfassende Zahlen darüber, wie häufig bisherige Männer von neuen Frauen aus dem Amt gedrängt wurden – oder umgekehrt –, gebe es nicht. Generell habe der Frauenanteil ab Ende der 90er-Jahre während rund 20 Jahren auf allen Staatsebenen nur langsam zugenommen, auch weil bisherige Männer zum Teil sehr lange ihren Sitz von Wahl zu Wahl hätten verteidigen können. Mittlerweile machen Frauen in der Schweizer Politik im Durchschnitt zwischen 30 und 35 Prozent aus.

Am höchsten liegt der Frauenanteil in städtischen Legislativen, «weil dort die linken Parteien, die einen viel höheren Frauenanteil haben als die bürgerlichen, traditionell stark sind», so Bütikofer. Allerdings sind in der Schweiz, die 450 Parlamente zählt, linke Mehrheiten die Ausnahme. Es gibt sie nur in wenigen grösseren Stadtparlamenten wie beispielsweise der Stadt Bern.